

Pressestatement

Reimann: Bedarfe von pflegenden Angehörigen besser berücksichtigen

Berlin, 04. Juli 2024

Den Antrag, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestern im Deutschen Bundestag für mehr Anerkennung und Wertschätzung von pflegenden Angehörigen eingebracht hat, kommentiert die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes Dr. Carola Reimann wie folgt:

„Es ist gut und wichtig, dass die Union mit ihrem Antrag die Aufmerksamkeit auf jene Menschen lenken möchte, die oft unter dem Einsatz der eigenen psychischen und physischen Gesundheit Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige übernehmen. Häufig lautlos, oft ohne besondere Sichtbarkeit und viel zu oft ohne die entsprechende Wertschätzung. Dabei sind gerade die pflegenden Angehörigen eine unverzichtbare Säule im System der Pflege.

Wir wissen, dass hier noch viel Arbeit vor uns liegt. Denn 49 Stunden wenden pflegende Angehörige im Schnitt pro Woche für die häusliche Pflege ihrer Angehörigen auf und fast jeder Vierte von ihnen im erwerbsfähigen Alter reduziert seine Erwerbsarbeit oder gibt sie ganz auf. Das zeigen Zahlen des Wissenschaftlichen Instituts der AOK.

Wir wissen auch, dass die vom Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten zur Entlastung kaum genutzt werden. So haben nur drei Prozent von der Option Gebrauch gemacht, sich bis zu sechs Monate von der Arbeit freistellen zu lassen (Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetze), und das, obwohl die Mehrheit ihren Anspruch kennt. Angebot und Nachfrage scheinen nicht im Einklang zu stehen und wir begrüßen den Vorstoß der Union, diese Angebote zu hinterfragen und stärker an die tatsächlichen Bedarfe der pflegenden Angehörigen anzupassen.

Ein sinnvoller und realitätsnaher Vorschlag aus dem Antrag ist vor diesem Hintergrund, künftig verstärkt auf den Aufbau von Caring Communities zu setzen. Durch die Organisation von lokalen Netzwerken können Pflegeaufgaben auf viele Schultern verteilt werden – und zwar vor Ort, genau dort, wo Pflege stattfindet. Gleichzeitig könnte durch die Realisierung von Caring Communities das Problem von Isolation und Einsamkeit entschärft werden, das viele pflegende Angehörige und auch die Pflegebedürftigen belastet.

Wichtig bei allen Vorhaben der Union ist es, Haushaltsmittel zur Finanzierung vorzusehen. Hier braucht es konkrete Vorschläge. Schon jetzt fehlen dringend benötigte Gelder in den Pflegekassen für die primären Aufgaben der Versorgung der Pflegebedürftigen. Die rentenrechtliche Absicherung der pflegenden Angehörigen ist dafür das beste Beispiel.“